

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit.

Dienstag, 12. August 1879.

Inserate nach den Bedingungen in Leipzig zu haben.

Inserationsgebühr.

für die Spaltenbreite 20 Pf. ander Eingangs 20 Pf.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 9. Aug. Se. Maj. der Kaiser Franz Joseph ist heute Mittag wohlbehalten hier eingetroffen...

Wien, 10. Aug. früh. Ihre Majestäten der Kaiser Franz Joseph und der Kaiser Wilhelm...

Wien, 10. Aug. mittags. Se. Maj. der Kaiser Franz Joseph wohnte heute früh dem Gottesdienste in der katholischen Kirche bei...

Wien, 11. Aug. Aus Wien wird noch berichtet: Die Begrüßung der Monarchen war überaus innig...

München, 9. Aug. Der Antrag der Gemeindevollständigen auf Abschaffung des obligatorischen Besuchs der Simultanschulen ist von dem Magistrat heute mit 13 gegen 8 Stimmen abgelehnt worden.

Straßburg i. E., 10. Aug. Feldmarschall v. Manteuffel nahm die Ernennung zum Statthalter von Elsaß-Lothringen nur an, nachdem ihm zugesagt wurde, daß er zugleich auch das Commando des 15. Armee-corps übernehme...

Wien, 10. Aug. Die Montags-Revue sagt in einer Besprechung der Errungenschaften des Berliner Vertrages: Mit dem Vollzuge der Räumung hört...

Rußland auf, der Türkei als individuelle Macht gegenüberzutreten, es tritt in das europäische Concert zurück.

Paris, 10. Aug. Das Journal officiel veröffentlicht ein Decret, durch welches der Generalsecretär des Aussenministeriums, Lambert, welcher in einer auf dem Schloß von Charlville gehaltenen Rede eine Anspielung auf die Möglichkeit eines Revanchekrieges gemacht hatte, zur Disposition gestellt wird.

Petersburg, 10. Aug. Der »Regierungsbote« veröffentlicht einen längeren Auszug aus einem vom 2. Juli d. J. datirten Berichte über die Verwaltung Ostpremiens durch die russischen Behörden.

Sukotef, 10. Aug. Fürst Karl denkt ernstlich daran, den zweiten Sohn seines Bruders zu adoptiren, nur will dessen Mutter, eine portugiesische Infantin, bis jetzt noch nicht die Einwilligung zu dessen Uebertritt zur griechisch-katholischen Religion erteilen.

Berajewo, 9. Aug. abends. Die Feuerbrunst ist den ganzen Tag über auf ihrem Herd localisirt geblieben, vereinzelte Wiederausbrüche wurden schnell unterdrückt, die Löscharbeiten sind von dem Militär ununterbrochen fortgesetzt worden.

Berajewo, 9. Aug., 8 Uhr 20 Min. abends. Soeben brechen wieder Flammen aus den bisher für feuerfest gehaltenen Mauerwerk hervor.

Sofia, 10. Aug. Der Abgesandte des Sultans, Pertev-Efendi, welcher den Vertretungs-Berat für den Fürsten Alexander überbringt, ist gestern hier eingetroffen.

zu Nr. 190, d. h. über 100 Gebäulichkeiten, in einen rauchenden Schutthaufen verwandelt worden und daß über 1800 Personen obdachlos waren!

Der Brand in Reftenholz.

Ueber das entsetzliche Unglück, welches das eifässliche Städtchen Reftenholz betroffen hat, entnehmen wir dem Essfasser Journal folgende Mittheilungen vom 5. Aug.:

Morgens zwischen 7 und 8 Uhr brach in einer Scheune oder in einem Stalle, man weiß es noch nicht genau, das Feuer aus. Fast alle Einwohner waren draußen auf dem Felde, und ehe man es zu Stande brachte, die Hülfe zu organisiren, hatte sich das durch heftigen Wind geschürte Feuer schon über 30 Häuser verbreitet.

Diesem Abend 8 Uhr hatte man noch keine bestimmte Angaben über die Größe der Katastrophe; man wußte nur, daß die Häuser von Nr. 80 an bis

zu Nr. 190, d. h. über 100 Gebäulichkeiten, in einen rauchenden Schutthaufen verwandelt worden und daß über 1800 Personen obdachlos waren!

Bei Einbruch der Nacht war noch nicht alle Gefahr verschwunden, der Wind blies wieder und drohte das Feuer von neuem anzufachen.

auf die bauliche Ausführung derselben förmlich beschränkt, zeigt sich indes sehr zurückhaltend und geht bei allen derartigen Angelegenheiten mit großer Vorsicht zu Werke.

Wien, 9. Aug. abends. Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel: Dem Ministerrathe wird ein organisches Reglement für sämtliche Provinzen des Reiches unterbreitet, welches 900 Artikel umfaßt, von denen 400 die Gensdarmarie und die Miliz betreffen.

Newyork, 10. Aug. Der New-York Herald meldet, die Unionsregierung stehe im Begriff, ein Rundschreiben an die europäischen Regierungen zu richten und dieselben darin aufzufordern, daß sie die Bestimmungen von einer Auswanderung nach Amerika abmahnen möchten, da die Unionsregierung fest entschlossen sei, der Polgamie auf das entschiedenste entgegenzutreten.

Memphis, 10. Aug. Die Zahl der hier im Laufe der letzten Woche am Gelben Fieber Gestorbenen beträgt 29.

Simla, 9. Aug. Die englisch-indischen Truppen haben mit der Räumung Afghanistans begonnen, dieselbe soll nach den bisherigen Annahmen am 1. Sept. beendet sein.

Leipzig, 11. August.

Der Besuch, den auch diesmal Kaiser Franz Joseph von Oesterreich unserm Kaiser Wilhelm in Gastein abgestattet, hat zwar, wie ganz richtig in unserer Berliner Correspondenz bemerkt wird, keine direct politische Bedeutung, da augenblicklich keinerlei brennende Frage, weder eine von allgemein europäischem Interesse noch etwa eine speciell das Verhältnis Deutschlands zu Oesterreich betreffende, eine Verständigung der beiden Monarchen heischt.

In Oesterreich beschäftigt man sich jetzt lebhaft mit den augenblicklich im Gange befindlichen Verhandlungen zwischen der Regierung und den Czechen über den Eintritt der letzteren in den Reichsrath.

Die Wahlbewegung für die sowohl in Preußen als in Sachsen bevorstehenden Landtagsessionen will weder dort noch hier bis jetzt recht in Fluß kommen, namentlich auf liberaler Seite.

Bürger aus Schlettsdorf, Vädermeister Brunnstein, wurde durch einen herabfallenden Zuber ein Bein zerquetscht; mehrere andere Personen wurden durch herabfallende Ziegelsteine mehr oder weniger am Kopf verletzt.

Die Entstehung des Brandes soll durch einen Mann herbeigeführt sein, der in einem Stall rauchte; ein Funke soll auf eine Holzwelle gefallen sein und so die Feuerbrunst erzeugt haben.

Das Städtchen Reftenholz hat 3892 Einwohner, ist oberhalb Straßburg im Bezirk Unterelsaß, Kreis und Canton Schlettsdorf, ungefähr eine Stunde von Schlettsdorf am Wadgenwald (Eingang in das Weiler-

Vertical text on the left margin containing various notices and advertisements.

Vertical text on the right margin containing various notices and advertisements.

unser engeres Vaterland, Sachsen, betrifft, so möchten wir die unten wiedergegebenen zeitgemäßen Mahnungen der Autographirten Correspondenz des Reichsvereins für Sachsen allen unsern Parteigenossen im Lande zur Beachtung und Befolgung recht dringend ans Herz legen.

Der bairische Landtag, der nach dem Schlusse des Reichstages zu einer kurzen Session zusammentrat, ist nach Erledigung seiner Geschäfte wieder vertagt worden. Nächst einigen wichtigen Gesetzen und Feststellung des Budgets ist ein Hauptresultat dieser Session die Bewilligung von fast 45 Mill. M. zum Bau von Eisenbahnen auf Staatskosten.

Aus einer Mittheilung, welche der Finanzminister der II. Kammer machte, war zu ersehen, daß die Regierungen den Ueberschuß aus den Zoll- und Verbrauchssteuern, den der neue Zoll- und Steuertarif über die für die Bedürfnisse des Reichs zunächst vorbehaltene Summe von 130 Mill. M. muthmaßlich ergeben dürfte, für das erste Jahr auf nur etwa 60 Mill. M. (wegen der zum Theil vor Eintritt des neuen Tarifs noch nach dem alten Tarif eingeführten Massen zollpflichtiger Artikel), für die folgenden auf je etwa 75 Mill. M. veranschlagen. Hiernach würden, da zu jenen 130 Mill. und den sonstigen directen Einnahmen des Reichs noch etwa 75 Mill. M. Matricularumlagen nötig sein werden, die Einzelstaaten zusammen noch etwa 15 Mill. M. an das Reich haark zu zahlen haben, also etwa ein Sechstel dessen, was sie in den letzten Jahren in der Regel an Matricularbeiträgen zu leisten hatten.

Die Tiers-Feier in Frankreich ist, wie aus den dabei gehaltenen officiellen Reden erhellt, vor chauvinistischen oder deutschfeindlichen Anlässen seitens der Regierung mit großer Vorsicht bewahrt worden. Auch ein paar kleine Anläufe dieser Art von andern Seiten her wurden von autoritativer Stelle aus entschieden zurückgewiesen. Hierin, wie überhaupt in der ganzen Führung seiner auswärtigen Politik (wir verweisen auf die offene Darlegung dieser in der Waddington'schen Rede), zeigt sich das Cabinet Waddington äußerst besonnen und ebenso auf die wahre Wohlfahrt Frankreichs wie auf die Erhaltung des europäischen Friedens bedacht.

England hat die Genugthuung, daß wenigstens einzelne Hauptlinge der Zulus sich neuerdings ihm unterworfen haben, während allerdings der König Ketschwayo selbst mit seinen Getreuen sich in die Wälder zurückgezogen hat und möglicherweise auf einen neuen Kriegszug sinnt.

Gegenüber der Pforte scheint das englische Cabinet allmählich ernster — insbesondere auch wegen der noch immer rückständigen Reformen — auftreten zu wollen. Es ist von einer Ersetzung des bisherigen Votschafters Layard, dem man Mangel an Nachdruck vorzuwerfen scheint, durch den bisherigen Votschafters in Petersburg, Lord Dufferin, die Rede.

Daß die Russen in loyaler Weise zum festgesetzten Termin die Ballaninsel geräumt haben, ward schon gemeldet. Wenn ein Theil der russischen Presse diese Räumung, die ihren Wünschen nicht entspricht, als eine Niederlage oder Demüthigung Rußlands empfindet und die Schuld davon auf Deutschland und Oesterreich wälzt, deshalb diesen beiden Nachbarn großt, ja wol gar ihnen mit Krieg droht, so ist dies nichts Neues und nicht dazu angethan, uns in eine besondere Erregung zu versetzen.

Die Angelegenheit wegen des Indesiturferrans für den neuen Vicekönig von Aegypten scheint nunmehr nach den Wünschen der europäischen Mächte erledigt. Wegen der türkisch-griechischen Grenzfrage sollten die förmlichen Verhandlungen am 6. Aug. wieder aufgenommen werden; doch schien die nach dieser Seite ziemlich kriegerische Haltung der Pforte noch keine sonderliche Geneigtheit zu einer Verständigung anzudeuten.

Der Fürst von Bulgarien hat ein sehr verständiges Manifest erlassen, worin er der Bevölkerung ihre Pflichten ebenso wie ihre Rechte und Freiheiten vergegenwärtigt. Die rumänische Judenfrage ist augenblicklich Gegenstand persönlicher Besprechungen des vortigen Ministers Boerescu, der zu dem Ende eine Rundreise an die großmächtl. Höfe macht, mit den betreffenden Ministern des Auswärtigen. In Wien hat derselbe bereits den Bescheid erhalten, daß die Großmächte von ihrer im Berliner Vertrage niedergelegten Forderung in Betreff einer Besserstellung der Juden in Rumänien nicht zurückgehen werden, und in Berlin, wohin er sich zunächst begeben hat, dürfte ihm ein gleicher Bescheid zutheil werden.

Eine überraschende Nachricht bringt ein Telegramm aus Newyork, welches wir in der Independance belge finden. Danach hätte die deutsche Reichsregierung auf die von der Regierung der Vereinigten Staaten an eine Anzahl europäischer Regierungen ergangene Einladung zu Conferenzen wegen gemeinsamer Annahme der Doppelwährung in einem solchen Sinne geantwortet, als könne sie möglicherweise von ihrem jetzigen System zu jenem übergehen wollen. Die Nachricht dürfte jedenfalls mit großer Vorsicht aufzunehmen sein. Hoffentlich wird sie unverweilt von officieller Seite richtig gestellt.

Deutsches Reich.

N.L.C. Berlin, 10. Aug. In Gastein fand gestern die Zusammenkunft der beiden Kaiser von Deutschland und Oesterreich statt. Ein eigentlicher politischer Zweck ist bei dieser Begegnung sicherlich ausgeschlossen, wie schon dadurch bewiesen wird, daß die beiden hohen Herren ohne ihre Staatsmänner erscheinen. Es liegt auch im gegenwärtigen Augenblicke nirgends in Europa eine Frage vor, bezüglich deren den beiden Monarchen ein persönlicher Gedankenaustausch wünschenswerth sein müßte. Wenn man also doch eine politische Bedeutung in dieser Begegnung erblicken will, so liegt sie eben nur in der Kundgebung der aufrichtig guten Beziehungen, welche zwischen den beiden Ländern herrschen und sich in der persönlichen Freundschaft der beiden Monarchen ausdrücken. Seit fast einem Jahrzehnt finden diese kaiserlichen Begegnungen in jedem Herbst statt, und seit ebenso lange bestehen auch zwischen den beiden Nachbarreichen die ungetrübt guten Beziehungen, in denen wir das festeste und zuverlässigste Bollwerk des europäischen Friedens erblicken. Das deutsch-österreichische Verhältniß, wie es sich seit dem Amtsantritt des Grafen Andráffy herausgebildet, ist einmal in Reichstagen von dem Fürsten Bismarck in den wärmsten und anerkanntesten Worten besprochen worden. Wir wollen nicht abwägen, wieviel Oesterreich in den letzten Orientverwicklungen dabei gewonnen hat, wieviel andererseits es uns werth gewesen ist und noch werden kann — wir wollen nur

aufrichtig wünschen und hoffen, daß es noch lange ungetrübt und ungestört erhalten bleibe!

— Aus Berlin vom 7. Aug. wird der Schlessischen Zeitung geschrieben: „Im Cultusministerium ist bisher, wie bestimmt versichert werden kann, noch nichts geschehen, um eine Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze vorzubereiten, und auf informirter Seite wird auch sehr bezweifelt, ob der Landtag schon in seiner bevorstehenden Session in die Lage kommen wird, sich mit einem solchen Antrage zu beschäftigen. Aus der gestrigen Aeußerung der Provinzial-Correspondenz will man vielfach herauslesen können, daß die Vorschläge der Curie, die laut einer Mittheilung der Germania dem Reichskanzler neuerdings zugegangen seien, von demselben für unannehmbar erachtet worden seien. Jedenfalls ist die endgültige Verständigung noch keineswegs so nahe bevorstehend und so zweifellos, wie es namentlich ausländische Blätter in jüngster Zeit angedeutet haben.“

— Aus Berlin vom 8. Aug. schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Wenn gegenwärtig eine Sensationstunde verbreitet wird: der Bar komme nicht nach Königsberg zur Begrüßung seines kaiserlichen Oheims, so war dem Bernheimen nach eine solche Reise gar nicht beabsichtigt, nachdem einmal die Reise des Kaisers Alexander zur Goldenen Hochzeit des Deutschen Kaiserpaars unterblieben. Die Beziehungen beider Herrscher zueinander sind die besten.“

— Der Hannoverischen Post wird aus Berlin berichtet: „Im Monat September finden in Frankreich größere Truppenübungen statt, denen auch preussische Offiziere beiwohnen werden. Es sind commandirt worden zu dem großen Corpsmandöver im Departement Dordogne und Seine inférieure: der Generalmajor Graf v. Waldersee, Chef des Generalstabs des 10. Armeecorps, Major Frhr. v. Schleinig, vom Generalstabe des 11. Armeecorps, Major Frhr. v. Neubronn vom 1. Garde-Feldartillerieregiment. Zu den Übungen der französischen Cavaleriedivision in dem Departement Seine-et-Marne sind commandirt: Oberst Graf v. Alten, Commandeur des Regiments der Garde-du-Corps, Major Schnadenberg vom 2. hessischen Husarenregiment Nr. 14 und Premierlieutenant Graf v. Pourtales vom Gardekräftigerregiment.“

— Die Magdeburgische Zeitung schreibt: „Wie wir erfahren, liegt es nicht in der Absicht der preussischen Regierung, bereits in der bevorstehenden Session der Landtage eine Vorlage betreffs der Verlängerung der Budget- und Legislaturperioden zu machen. Die Frage soll zunächst im Reich zur Entscheidung gebracht werden.“

— Mehrern Blättern wird gleichlautend aus Berlin geschrieben, die Vorbereitungen zu dem im September einzuberufenden Städtetage würden sehr eifrig betrieben. Derselbe werde, zuverlässigen Nachrichten zufolge, die von allen Seiten einlaufen, weit stärker besucht sein als im Mai d. J. Die eigentliche Politik werde vom Städtetage allerdings fern gehalten werden. „Das Programm desselben“, heißt es weiter, „wird nur in der Stellungnahme der deutschen Städte zu dem Zollprogramm des Fürsten Bismarck, insbesondere zu den Fleisch- und Getreidezöllen bestehen. Es wird auch Anregung zur Bildung eines deutschen Städtebundes gegeben werden, der sich das Streben

thal) an der Zweigbahn der Straßburg-Basler Bahn Schlettstadt-Markirch gelegen, ist Eisenbahnstation. Festenholz hat Fabrication von Kleiderstoffen aus Wolle, Baumwolle und Seide, eine große Sägmühle, Mineralquellen mit Chlor-, Soda-, Job- und Bromgehalt nebst Badeanstalt und starkem Weinbau. Der Brand hat, wie amtlich festgestellt worden, 120 Wohnhäuser, 80 Scheunen und 117 Ställe zerstört. Der Gesamtschaden ist auf 1,861115 M. veranschlagt, wovon 200000 M., die Habe armer Tagelöhner und Weber, nicht versichert sind. Die in den Flammen umgekommenen Eheleute heißen Nikolaus und Marianne Helbing, 64 und 62 Jahre alt.“

Wir denken, Deutschland wird diesem bedrängten Ort des neuen Reichslandes die helfende und tröstende Mutterhand in reichstem Maße reichen.

Der Brand in Serajewo.

Bei der ersten Nachricht über den Brand in der bosnischen Hauptstadt schreibt die Neue Freie Presse unterm 9. Aug.:

„Serajewo steht in Flammen. Seit 6 Uhr brennt das katholische, serbische, jüdische und Handelsviertel. Bei heftigem Winde verbreitet sich der Brand über Tausende von Häusern und wüthet noch immer ungeschwächt fort. Vom Handelsviertel ist kein Haus gerettet, die katholische Kirche und das deutsche Consulat ist abgebrannt, die serbische Kirche, die Begova Djamia, ist ein Trümmerhaufen. Zehntausende sind obdachlos. Der Verlust wird nach Millionen gerechnet.“ So ungefähr lautet die Nachricht, die uns gestern in

später Abendstunde der Telegraph übermittelte. Wer die Verhältnisse dieser unglücklichen Stadt mit ihren 4—5000 zum Theil aus Holz erbauten Häusern, mit ihren engen Gassen kennt, der vermag nur mit Schauder an die Katastrophe zu denken, welche durch einen so verberberenden Brand über die Stadt hereinbrechen mußte. Noch fehlen uns ausführliche Telegramme, aber schon das bisher Bekannte läßt uns keinen Zweifel darüber, daß der Schaden ein unberechenbarer und die Lage der Bewohner eine verzweiflungsvolle ist. Eine kurze Schilderung der Verhältnisse der bosnischen Hauptstadt genügt, um die Größe der Katastrophe ermessen zu lassen.

Serajewo liegt am Oskanogange der Ebene Serajewsko-Polje zu beiden Seiten der Miljada. Die Stadt, deren größerer Complex auf dem rechten Flußufer gelegen ist, hat einen Flächenraum von mehr als einer halben Quadratmeile.

Die Hauptstraßen laufen parallel mit der Miljada und werden durch eine Anzahl gegen die Höhen zu sehr enger und unregelmäßiger werdender Querstraßen verbunden. Während die eigentliche innere Stadt, die sich zunächst an den Fluß anlehnt, aus compacten Häusermassen besteht, löst sich der an den Berglehnen gelegene Stadttheil in zahlreiche, durch Gärten getrennte Gruppen auf. Die Häuser sind größtentheils aus Holz erbaut. Der größere, schönere und wohlhabendere Stadttheil, welcher eben ein Rand der Flammen wurde, liegt am rechten Ufer der Miljada. Er umfaßt das serbische, katholische, jüdische und das Handelsviertel. Das serbische Viertel Latinul ist von der schönsten Straße der Stadt, der Franz-

Joseph-Straße, durchzogen. Dieselbe ist meist von europäischen Kaufleuten bewohnt, für die sie auch die Hauptverkehrsader bildet. An dieselbe schließt sich östlich das Handelsviertel mit der Kaufhalle (Bejestan), das Gebäude des Dellar (Tröblermarkt) und die sogenannte Carfia, d. h. der Markt. In der Kaufhalle — einem mit Kreuzgängen versehenen, aus Bruchsteinen erbauten Hause — sind größtentheils Schmittwaarenhändler etablirt. Die Tröblerhalle, ein gleichfalls aus Stein erbautes Kriegengebäude, enthält Verkaufsbuden von Händlern aller Art. Die Carfia mit ihren zahllos aneinandergereihten Waaren- und Verkaufsgewölben und Werkstätten gruppirt sich um die beiden genannten Gebäude. Sie nimmt einen sehr bedeutenden Raum ein und umfaßt 50—60 Gassen. Der Verkehr ist hier tagsüber so lebhaft, daß oft die Passage wegen der engen Gassen fast unmöglich wird. Die Carfia bildet den Stapelplatz nahezu für alle in den Verkehr kommenden Handelsartikel und hat große Depots für Manufactur- und Colonialwaaren, für Getreide, Mehl &c. Ein entstandener Brand in diesem Stadttheile ist mit Rücksicht auf den Bau der Häuser und Gassen und die oft kaum mehr als eine Klafter betragende Breite der Straßen nicht zu localisiren. Auch an eine Rettung der Vorräthe kann nach den geschilderten Verhältnissen nicht gedacht werden. Es ist somit wahrscheinlich, daß gerade dieser Stadttheil, welcher mit Rücksicht auf die aufgespeicherten Waaren der reichste war, vollends ein Opfer der Flammen wurde. Serajewo ist seit seinem Bestande viermal, und zwar im Jahre 1480, 1644, 1656 und 1687 durch Feuersbrünste eingäschert worden.“

nach Bes... gabe stelle... Die... enthalt... übertrieb... nicht bis... nigen in... gänzig... Vermittel... Verhandl... Diesem... aus nicht... National... schen Antr... der Entsch... rantien, ... Anerbietu... gegen hab... organ Ber... der libera... nicht in d... dieser Sei... teien habe... erbietet g... vom 9. J... Lieber wo... cularbeitr... Dinge so... kann. W... ohne Auf... so muß... prüfen... Auf... Zeitung: ... Bon... Abg. v... sonen un... meine B... dieser C... uns zur... lautbarun... Damals... langster... constituti... wir const... genen Be... Die citir... von liber... bestimmte... anderes... im Gegen... stimmte... Sache un... annehm... diese... sie daher... Werte u... hier in... Wir... ten Par... Weise u... — Di... ter'schen... verstand... Eng... aber zw... viduellen... Zielpun... hieser e... wenn v... Bismar... im Parla... gebracht... von dem... gegenheit... Mar... Stutt... Professo... dige So... 1796 zu... und was... er geist... seines K... rufe gen... ernstes... Weiß fa... noch ju... fallehre... der Phi... an der... land un... Lehrer... Schrift... feinen... Reipzig... und... noch fü... lehrung... hatte de... Stellun... nommer... nicht al... fortbau... anstich... fonderu... rether... — Bo... 4 rim... Ren ch... trähren... haufen... Willhan... daffelbe

nach Beseitigung der Balle auf Lebensmittel zur Auf-
gabe stellen wird."

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt fol-
gendes Dementi:

Die Morgennummer der National-Zeitung vom 6. Aug.
enthält in einem „Der Rücktritt des Hrn. v. Bennigsen“
überschriebenen Artikel folgenden Satz: „Wir stellen zu-
nächst historisch fest, daß der Reichskanzler mit Hrn. v. Ben-
nigsen in Unterhandlungen getreten war wegen einer Ver-
ständigung auf Grund des von dem letztern aufgestellten
Vermittlungsprogramms, der Reichskanzler plötzlich diese
Verhandlungen fallen ließ und mit dem Centrum abschloß.“
Diesem „historisch“ müssen wir entgegenzutreten, damit dar-
aus nicht einmal später Geschichte gemacht wird. Was die
National-Zeitung von Verhandlungen über den Bennigsen's-
schen Antrag sagt, ist unrichtig. Erst ganz zuletzt, kurz vor
der Entscheidung der Frage über die constitutionellen Ga-
rantien, hat die Regierung von der conservativen Seite
Anerbietungen erhalten, die sie schließlich annahm. Da-
gegen haben weder der Kanzler noch irgendein Regierungs-
organ Verhandlungen über den Bennigsen'schen Antrag mit
der liberalen Seite abgebrochen und sind überhaupt gar
nicht in die Lage gekommen, sie abzubrechen, weil solche von
dieser Seite gar nicht eingeleitet waren. Die liberalen Par-
teien haben sich vielmehr beiseitegehalten und gar kein An-
erbieten gemacht, wie der Reichskanzler dies in seiner Rede
vom 9. Juli mit den Worten bekräftigt: „Meine Herren!
Lieber wäre mir die ganze Sache allerdings ohne Matri-
cularbeiträge, aber ich habe doch eben nicht die Wahl, die
Dinge so zu machen, wie ich sie mir an die Wand malen
kann. Wenn ich von der liberalen Seite ohne Unterstützung,
ohne Anhalt, ohne bestimmte annehmbare Vorschläge bleibe,
so muß ich den von anderer Seite kommenden Vorschlag
prüfen.“

Auf diese Behauptung antwortet die National-
Zeitung:

Von dem, was zwischen dem Reichskanzler und dem
Abg. v. Bennigsen verhandelt wurde, haben nur zwei Per-
sonen unmittelbar Kenntniß. Ob die Norddeutsche Allge-
meine Zeitung ihre Mittheilung unmittelbar aus einer
dieser Quellen schöpft, wissen wir nicht; wir selbst können
uns zur Bekräftigung unserer Behauptung einzig auf Ver-
lautbarungen beziehen, die schon einige Wochen zurückliegen.
Dann galt es als zweifellose Thatsache, daß der Reichs-
kanzler mit Hrn. v. Bennigsen bezüglich der sogenannten
constitutionellen Garantien in Verhandlung getreten sei;
wir constatiren jedenfalls, daß dieser Thatsache der gepflog-
ten Verhandlung hier zum ersten male widersprochen wird.
Die citirte Rede des Reichskanzlers spricht davon, daß er
von liberaler Seite ohne Unterstützung, ohne Anhalt, ohne
bestimmte annehmbare Vorschläge blieb. Das ist etwas ganz
anderes, als daß keine Verhandlungen stattgefunden hätten,
im Gegentheil wiesen die einschränkenden Worte „ohne be-
stimmte und annehmbare“ auf einen andern Verlauf der
Sache und auf das Vorliegen von unbestimmten und un-
annehmbaren Vorschlägen hin. Wir unfererseits können
diese „historische“ Controverse nicht zu Ende führen, lassen
sie daher auf sich beruhen; Eingedenk der Dehnbarkeit der
Worte und der unerreichten Geschichtlichkeit der Hände, die
hier in Frage kommen, im Knäpfen und Lösen der Fäden.
Wir bedauern es im Interesse der national-libera-
len Partei, wenn jener Behauptung nicht in positiver
Weise widersprochen werden kann.

Die fortschrittliche Kieler Zeitung ist mit der Rich-
ter'schen Parole „Fort mit Bismard“ nicht ein-
verstanden. Sie sagt:

Eugen Richter's persönliche Ueberzeugung in allen Ehren,
aber zwischen einer oratorischen Berzierung oder einer indi-
viduellen Ansicht und dem Programm und den praktischen
Zielpunkten einer Partei ist doch ein Unterschied. Nun
dieses es aber allen Wirklichkeiten die Augen verschließen,
wenn man die augenblickliche Machtstellung des Fürsten
Bismard total verkennen wollte. Niemals ist seine Macht
im Parlament größer gewesen, er hat das Unglaubliche fertig
gebracht, sich eine Zweidrittel-Majorität zu schaffen, und
von dem Drittel, der Minorität, fällt ihm bei nächster Ge-
legenheit noch ein Drittel zu. Das ist die Lage. Sie ist

das Resultat des glänzendsten Erfolges Bismard's und sie
wird nach unserer Meinung allerdings durch den Ruf „Fort
mit Bismard“ in keinem Punkte gelindert. Nach unserer
Ueberzeugung liegt es nicht in der Macht der Liberalen,
dieses Wort in die That umzuwandeln, und schon deshalb
werden sie, wie wir glauben, es nicht acceptiren.

In einem „Etwas über Ministerwechsel“ über-
schriebenen Artikel des Schwäbischen Merkur heißt es:
„Das halbamtliche Organ der preussischen Regierung
wendet seinen manchmal etwas ans Krankhafte streifen-
den Eifer der politischen Polemik in wenig glücklicher
Weise nun auch gegen Hrn. v. Treitschke. Gewiß war
der Rücktritt der Minister Fall, Friedenthal und Hob-
recht, abgesehen von allen persönlichen Beziehungen und
Rücksichten, unvermeidlich geworden durch den Bruch
des Fürsten Bismard mit der national-liberalen Partei
und seine Annäherung an das Centrum. Niemand
wird dem leitenden Staatsmanne zumuthen, wohlver-
wogene Pläne großer Politik der Erhaltung des einen
oder des andern noch so werthvollen Ressortministers
zu opfern. Eine offene Frage aber bleibt es dabei
immer, ob es nicht möglich gewesen wäre, bei den zur
Durchführung der Steuer- und Zollreform eingeschla-
genen äußerlichen Evolutionen der Positiv mehr Rück-
sicht auf die besondere politische Stellung bewährter
Mitarbeiter zu nehmen; ob es insbesondere, wenn
Fürst Bismard in stetigem Einvernehmen mit den
letztern jeden einzelnen Schritt und zumal jede öffent-
liche Aeußerung, die er gethan, vorsichtig hätte über-
legen wollen, unvermeidlich gewesen wäre, daß der
Bruch mit der national-liberalen Fraction so schroff
und vollständig, und die, wenn auch nur augenblick-
liche Verbindung mit dem Centrum so offensichtlich wurde,
wie es geschehen ist. Mindestens einem Treitschke
sollte die Provinzial-Correspondenz einen solchen Schwur
auf die Worte des Meisters nicht ansinnen.“

Die Weser-Zeitung sagt über die Stellung der
national-liberalen Partei:

Wird die national-liberale Partei Opposition machen
gegen die hereinbrechende Reaction, so muß sie ein klares
Programm haben, ein klares, als sie bisher hatte und bei
ihrem Verhältnisse zum Fürsten Bismard zu haben brauchte.
Können die Führer der Partei sich nicht zu einem solchen
Programm aufschwingen, so hat die national-liberale Partei
ausgespielt. Bei der Regeneration der Partei wird daher
auch der consequenter linken Seite mit Forckenberg und
Stauffenberg an der Spitze notwendig die führende Rolle
zufallen müssen. Die Sache wird sich einfacher entwickeln,
als man annehmen konnte, nachdem die Capazität der rech-
ten Seite, Dr. v. Bennigsen, den Entschluß gefaßt hat, sich
eine Zeit vom öffentlichen Leben zurückzuziehen.

Die Volks-Zeitung hört, daß das national-liberale
Wahlcomité nicht gesonnen ist, sich mit der Fortschritt-
partei förmlich zu verbinden. Natürlich würden die
wirklich noch zur national-liberalen Partei Gehörigen
überall da den fortschrittlichen Candidaten unterstützen,
wo derselbe die meiste Anwartschaft auf den Wahlsieg
hat, und umgekehrt wird auch die Fortschrittspartei so
agiren; eine förmliche Allianz beider Fractionen bei
den Wahlen bleibt jedoch ausgeschlossen. Hier in
Berlin, wo die national-liberale Partei nur im ersten
Wahlbezirk eine nennenswerthe Anzahl von Wahl-
männern aufzuweisen hat, werde dieselbe diesmal mit
keinem eigenen Candidaten hervortreten. Doch sei es
wahrscheinlich, daß der von dem eigentlichen Gros der
National-Liberalen abgeforderte Flügel im Vereine mit
den Conservativen selbständig vorgehen wird.

Die „Tribüne“ schreibt: „Die auch von uns re-
producirte Nachricht, der Abg. v. Treitschke wolle

in die freiconservative (Deutsche Reichs-) Partei ein-
treten, wird von seinen Freunden eifrig bestritten.
Noch ungläubwürdiger ist es freilich, daß eine bezüg-
liche Anfrage des Abg. v. Treitschke bei jener Fraction
einer ablehnenden Antwort aus irgendenwelchen Gründen
begegnet wäre. Dr. v. Treitschke wird wol „wild“
bleiben.“

Preußen. N.L.C. Berlin, 9. Aug. Es wird dem
Centrum offenbar schon bange, das große Opfer der
jüngsten Reichstagsession könne gebracht sein, ohne daß
der Lohn in der kirchenpolitischen Frage den Erwartun-
gen entspricht. Die Germania warnt wiederholt vor
„Vertrauensbusef“ und registriert mit merklicher Bitter-
keit kleine Ereignisse, welche beweisen, daß vorderhand
auch in der Aera Buttamer der Culturkampf ruhig
seine Wege geht. Ganz ähnlich lassen sich auch auf
den ultramontanen Versammlungen die Redner ver-
nehmen. Hr. Reichensperger erklärte auf die Frage,
ob eine baldige Beendigung des Culturkampfes zu er-
warten sei, sehr vorsichtig, keinen sichern Aufschluß
geben zu können; und auf der großen kölner Ver-
sammlung meinte der bekannte Advocat Bachem: be-
züglich des sogenannten Culturkampfes herrsche gegen-
wärtig eine Art Clairobscur; man wisse nicht genau,
woran man sei. Allerdings lägen verschiedene An-
zeichen vor, welche auf endliche Wendung zum Bessern
hindeuteten; doch thue man gut, darauf nicht allzu
viel Werth zu legen und jenes gesunde Mißtrauen zu
bewahren, welches eine allerdings traurige, aber noth-
wendige Errungenschaft des Culturkampfes dauern
bleiben müsse. Man dürfe Hrn. v. Buttamer ein-
stellen weber ein Vertrauens- noch ein Mißtrauens-
votum entgegenbringen. Die Centrumspartei müsse
sich für jede Lage bereit und gerüstet halten: für den
Frieden, wenn man ihn endlich wolle, aber auch für
den Krieg, gerüstet jedenfalls bis an die Zähne. Man
steht, die Zurückhaltung und das Mißtrauen unter den
Borkämpfern des Ultramontanismus sind noch keines-
wegs beseitigt; bisweilen regt sich ein Gefühl, als ob
das Wort Windthorst's: „wer ihn dupiren wolle, müsse
früh aufstehen“, am Ende doch eine leere Renommage
gewesen sein könne. Der Postarist mit den Finanz-
zählen steht in unanfechtbarer Wirksamkeit, aber vom
Fortgange der Verständigung mit der Curie verlautet
gar so wenig. Wir haben immer daran festgehalten,
daß eine vollständige Erfüllung der ultramontanen For-
derungen, die Aufhebung der gesammten Maigeseg-
gebung und des ganzen darin enthaltenen Systems,
eine Zumuthung ist, die der Reichskanzler nun und
nimmer erfüllen kann. Der Friedensschluß wird davon
abhängen, ob es sich die Leiter der ultramontanen Be-
wegung gefallen lassen, daß ihnen eine gebrügte Por-
tion Wasser in ihren Wein gegossen wird.

Die National-Zeitung stellt für die nächsten
Wahlen in Preußen eine Art von Programm auf.
Sie verlangt von jedem Candidaten, 1) daß er gegen
eine Verlängerung der Etats- und der Legislatur-
periode sich erkläre, 2) sich allen retrograden Bestre-
bungen auf dem Gebiete der Kirche und Schule wider-
setze, 3) daß er jede Rückbildung auf dem Gebiete
der Selbstverwaltung betreffenden Besetze und ins-
besondere jede Verkümmern der Verwaltungsgerechtigkeit
bekämpfe, 4) für eine gute Ordnung in den Staats-
finanzen wirke. Die National-Zeitung sagt sodann:
Stellt die national-liberale Partei in allen Wahlkreisen
Candidaten auf, die sich zu den hier entwickelten Ansichten

und erst gestern in Dienst getreten, sowie ein Fährlich sind
bereits todt, während die übrigen Mannschaften hoffnungs-
los daniederliegen sollen.“

Der ehemalige preussische Kultusminister v. Müller,
der Dichter des bekannten Liebes „G'rad aus dem Wirths-
haus komm' ich heraus“, hat noch manch andere hübsche
Poesten auf dem Gewissen und namentlich dem Riesenge-
birge bei seinem Besuche vor etwa 30 Jahren einige Ge-
dichte gewidmet. An den Ruinen des Knast ließ er seinen
kräftigen Humor in dem folgenden Epigramm spielen:
Wie viel sah ihr kommen und werden
Und steh'n in der Jahre Lauf!
Sonn' ritt man hier oben auf Pferden,
Nest kommen viel Esel heraus.

Die Generalversammlung der deutschen Geschichts-
und Alterthumsvereine findet vom 14. bis 18. Sept.
1879 in Landshut in Baiern statt. Programm und Ver-
handlungsgegenstände sind bereits in dem Correspondenzblatt
des Gesamtvereins bekannt gegeben. Es sind vier Sec-
tionen thätig, für Archäologie der heidnischen Vorzeit, für
mittelalterliche Kunst, für Geschichtsforschung überhaupt
und für Archivwesen. Letztere erscheint in Landshut zum
ersten male.

Der in Milwaukee erscheinende „Seedote“ bringt fol-
gende originelle Notiz: „Eine junge Dame von Ostwege
verlor, während sie in ihren Kirchenstuhl trat, eine Augen-
braue. Der junge Mann, der sie begleitete, erblickte letztere
am Boden liegend und fiel in Ohnmacht — er glaubte
nämlich, das Ding, das auf dem Teppich lag, sei sein
Schnurrbart.“

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat in
ehrender Anerkennung dem Professor Gneiff eine werth-
volle Bibliothek der Werke über Geschichte, Verfassung und
Rechtspflege der Gerichtshöfe der Union durch den Staats-
secretär Mr. Wm. M. Coverts übermitteln.

sch lange
schleichen
ist bisher,
nicht ge-
litischen
Seite wird
in seiner
wird, sich
Aus der
denz will
Vorschläge
ermania
ien, von
en seien.
ch keines-
Zeit an-
man der
genwärtig
r komme
ne kaiser-
solche
die Reise
zeit des
iehungen
in be-
Frank-
denen
werden.
Corps-
eine infere,
Chef
or Febr.
ecorps,
artillerie-
n Cava-
arne sind
deur des
adenberg
und Pre-
kürasser.
Wie wir
eussischen
ffion der
gerung
machen.
scheidung
Berlin
Septem-
hr eifrig
schritten
ist stärker
liche Pe-
gehalten
s weiter,
n Städte
insbe-
bestehen.
deutschen
Streben
reist von
auch die
lieft sich
Begegnen),
die soge-
halle —
schneien
waren-
aus
aufzubeden
zahllos
ewölben.
nannten
Raum
kehr ist
wegen
Carlsa
Verkehr
nots für
Mehr.
ist mit
und
Breite
Rettung
künstlichen
sch, daß
auf die
mbs ein-
nem Be-
4, 1656
orden.“

durch seine imposante Höhe und gebiegene Ausföhrung einen
äußerst günstigen Eindruck. Die Enthüllungsfestlichkeit
wird am Sonntag, 17. Aug., vormittags 11 Uhr begin-
nend, stattfinden und hoffen wir, daß auswärtige Gäste,
namentlich auch aus dem literarischen Kreise, sich recht zahl-
reich an diesem Feste betheiligen mögen. Das Festcomité
sowie die hiesige Einwohnerchaft treffen bereits Vorberei-
tungen, um die werthen Besucher würdig empfangen zu
können und werden alles aufbieten, was zur angenehmen
Unterhaltung derselben beitragen kann. Um dem Unter-
nehmer des Festes, das am 2 Uhr im Gasthause Zur
Sonne stattfindet, zu ermöglichen, allen Anforderungen ge-
recht zu werden, mögen auswärtige Gäste ihre Betheiligung
an diesem Feste bis zum 14. Aug. an Hrn. Verthold
Birk in Rendsch gefälligst anzeigen.“

Eine originelle Anordnung hat der Polizeimeister
in Woronesch in Rußland getroffen. In Woronesch hat sich
nämlich eine freiwillige Feuerwehrgesellschaft gebildet. Der Polizei-
meister ist nun damit noch nicht zufrieden, daß die Feuer-
wehrgesellschaft unter seinem Befehle steht, sondern er hat
derselben auch noch die Vorschrift ertheilt, bei ausbrechendem
Feuer mit dem Löschen nicht vor seiner Ankunft auf dem
Brandplatze zu beginnen. In der betreffenden Vorschrift
sagt dieser weise Polizeimanu unter anderem: „Man kann
sehr gut einige Minuten warten, denn ein Gebäude, das
einmal brennt, wird so wie so niederbrennen.“ Den Mit-
gliedern der Feuerwehrgesellschaft ist die Wichtigkeit dieser Vor-
schrift allerdings nicht ein und sie haben beschloffen, aus
dem Verein auszutreten, wenn diese Vorschrift nicht aufge-
hoben wird.

Aus Graubenz vom 6. Aug. schreibt man der Cen-
traler Zeitung: „Bei der vorgestern durch den General-
major v. Köppen, Commandeur der 3. Infanteriebrigade,
abgehaltenen Inspektion des 4. und 44. Infanterieregiments
wurden ein Reservelieutenant, ein Fähnrich und mehrere
Gemeine (man spricht von sechs Mann) während des Exer-
ciziums vom Sonnenlicht befallen. Ein Reservelieutenant,
Sohn des Gutsbesizers Heine in Rarlau, Familienwater

aus vollem Herzen bekennen, so zweifeln wir gar nicht, daß derselben überall eine stattliche Stimmenzahl zufallen wird. Hier liegen die Punkte, wo sich liberale und reactionäre Ansparungen, altpreussische Traditionen und unübersehbare Experimente mit vollkommener Klarheit voneinander scheiden. Die Parole „Weg mit Bismarck“ ist für uns selbstverständlich unbrauchbar. Wir bieten statt jenes ganz verkehrten Lösungswortes, das wir zurückweisen, die aufgeführten Punkte den Parteigenossen zur Erwägung, selbstverständlich ohne damit das Gebiet der in den Vordergrund zu rückenden Fragen irgend abzugrenzen. Wir erachten es namentlich für selbstverständlich, daß die liberale Partei die Mittel, welche die neue Steuerbelastung an die Hand gibt, dazu benützt, damit auch in der That den vorzugsweise belasteten Elementen die möglichste Erleichterung zutheil werde. Freilich wird sich dabei herausstellen, wie trügerisch die Versprechungen waren, mit welchen die neuen Steuern vertheiligt wurden. An dieser Täuschung (denn als solche wird sie sich schnell herausstellen) trägt die liberale Partei keine Art der Mitschuld, im Gegentheil hat sie unablässig vor ihr gewarnt.

Das Deutsche Montags-Blatt schreibt: „Nach vorliegenden Briefen hervorragender nichtparlamentarischer Mitglieder der Fortschrittspartei wollen dieselben nur dort für National-Liberale zu Abgeordneten stimmen, wo eine fortschrittliche Candidatur aussichtslos ist. Es soll da, wo die Fortschrittspartei den Ausschlag für die Wahl des national-liberalen Candidaten zu geben hat, der Betreffende um genaue Auskunft über sein politisches Programm und seine Stellung zu den einzelnen oberschwebenden Fragen angegangen werden. Es wird nach den uns zur Einsicht gestellten Briefen diese Procedur um so nothwendiger, als die national-liberale Partei als solche mit keinem Wahlprogramm vor das Land treten will. — Die Allianz des Centrums mit den gut altpreussischen Conservativen vom Schlage der Kleist-Regow und Genossen nimmt täglich weitere Dimensionen an. Seitens hervorragender Mitglieder der Centrums ist den neuen Bundesgenossen zu verstehen gegeben worden, man möge auf der Generalsynode mit Resolutionen hervortreten, welche gegenüber der unter dem Ministerium Fall erlassenen Gesetzgebung die Abschaffung der Erbschaft, des sogenannten Culturexamens, des „Kanzleiparagraphen“, des Schulaufsichtsgesetzes und ähnlicher Errungenchaften verlangen. Man gibt sich der Hoffnung hin, daß, falls die Generalsynode sich dahin ausspreche, ein solcher Ausspruch an maßgebender Stelle nicht werde ignoriert werden können. In ihrem gemeinsamen Haß gegen den Liberalismus haben Centrum und Conservative sich bis auf weiteres zu einem unüberwindlichen Punkt vereinigt.“

Wie der „Post“ aus der Provinz Preußen mitgetheilt wird, soll zum Nachfolger des verstorbenen Generalsuperintendenten Dr. Wolf der Hofprediger Sticker in Berlin ausersehen sein. Diese Nachricht erregt, wie man dem genannten Blatte schreibt, in den kirchlichen Kreisen Preußens, in denen die vermittelnde und versöhnliche Richtung in überwiegendem Maße vorherrscht, peinliches Aufsehen.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: „In letzter Zeit sind von verschiedenen Zeitungen specielle Angaben über den Plan einer Reorganisation der preussischen Staatseisenbahnverwaltung gebracht worden. Nach unsern Informationen befindet sich die Angelegenheit noch im Stadium der Berathung; mithin können diese Angaben auf irgendwelche Zuverlässigkeit keinen Anspruch machen.“

Auf Anregung des berliner Centralcomité der conservativen Parteien erscheint seit 1. Aug. in Berlin eine neue politische Wochenzeitung unter dem Titel „Die Ordnung“.

Die Niedersächsische Zeitung, ein Hauptorgan der Welfenpartei, ergreift in ihrer neuesten Nummer das Wort für die Confiscation des Welfenfonds. Der Artikel schließt mit folgenden Worten: „Kommt der Herzog von Cumberland niemals auf den hannoverschen Thron, so wird er auch niemals des Gemisses des Welfenfonds theilhaftig werden, wenn er nicht auf diesen Thron verzichtet. Das thut aber der Herzog niemals. Sollte aber der Herzog bereuht berufen werden, das Erbe seiner Väter einzunehmen, so wird er auch wieder in den Besitz seiner Domänen treten und dann braucht er den Welfenfonds nicht mehr.“

Thüringische Staaten. Aus Thüringen, 9. Aug. Das Reichs-Eisenbahnamt hat nunmehr auch der schmalspurigen Feldbahn im eisenacher Oberlande seine Aufmerksamkeit gewidmet, der derzeitige Vorsitzende Geh. Oberregierungsrath Körte und der Geh. Oberregierungsrath Stredert haben am 1. Aug. die bereits im Betrieb wie bis noch im Bau befindlichen Strecken besichtigt und sich über die einfache und solide Bauausführung sehr günstig auszusprechen. Die Strecke Dorndorf-Bacha ist für den Güterverkehr bereits eröffnet, der Personenverkehr beginnt am 10. Aug.

In Jena hat der Verein für thüringische Geschichte und Alterthumskunde am 31. Juli seine Generalversammlung abgehalten. Der Vorsitzende Kirchenrath Dr. Piffus referirte über die Vereins-thätigkeit seit 1876, dann wurde der Rechenschaftsbericht vorgelesen und von Dr. Stechele-Eisenach ein Vortrag über das Verzeichniß der kirchlichen Einkünfte

im Jahre 1806 (Registram Subsidae) gehalten. Nachdem noch über die Vereinigung der Vereins- mit der Universitätsbibliothek Bescheid gefaßt war, beendete ein Festmahl die diesmalige Generalversammlung. Der Verein zählt zur Zeit 255 Mitglieder.

Deſterreich - Ungarn.

Ein wiener Blatt berichtet über eine Unterredung eines seiner Redacteure mit dem Czechenführer Dr. Kieger. Der letztere erklärte:

Seine Partei mache ihren Eintritt in den Reichsrath von der Bildung eines Ministeriums abhängig, welches die Revision der böhmischen Landtagswahlordnung in sein Programm aufzunehmen bereit sei. Die Wahlen aus der Curie des Großgrundbesitzes müßten in Galizien nach Bezirken vorgenommen, den Handelskammern ihr Wahlrecht für Landtag und Abgeordnetenhaus entzogen, dagegen den slawischen Landbesitzern eine stärkere Vertretung zugesprochen werden. Die Revision der Wahlordnung sei die Cardinalforderung der czechischen Partei. Die nächsten drei Wochen seien der Zeitpunkt, innerhalb dessen die Bildung des neuen Cabinets vollendet sein werde. Böhmen dürfe nicht gleich den übrigen Provinzen behandelt, sondern müsse mit einer autonomen Stellung, etwa derjenigen Galiziens ähnlich, ausgestattet werden. Mit den Polen würden die Czechen nur in der Frage der Autonomie gemeinsame Sache machen, nicht aber in Freiheitsfragen; in dieser Beziehung sei von den Czechen nichts zu fürchten. Die Czechen lämen mit ehelichen Absichten, sie wollten mit den Deutschen eine aufrichtige Verständigung, bei welcher Graf Taaffe den „ehelichen Mäcker“ spiele.

Kieger sagte schließlich: er reise hoffnungsvoll nach Prag zurück und hoffe in 14 Tagen bis 3 Wochen die dem Grafen Taaffe gemachten Propositionen einer Versammlung sämmtlicher czechischer Abgeordneten, welche die endgültige Entscheidung habe, vorlegen zu können. Hiernach scheinen die vielfachen Meldungen von dem bereits „vollzogenen Ausgleich“ mit den Czechen verfrüht zu sein.

Ueber eine Besprechung zwischen dem Grafen Andrássy und dem zur Zeit in Wien weilenden rumänischen Minister Boerescu wird der Königlich Zeitung von dort geschrieben:

Der Rumäne nahm Veranlassung, zu erklären, daß er nicht mit bestimmten Vorschlägen der rumänischen Regierung betreffs der Judenfrage gekommen sei, sondern lediglich, um sich zu informieren und der österreichischen Regierung nochmals ausführlich die Schwierigkeiten der Lage darzulegen. Er werde eine Rundreise an sämtliche europäischen Höfe (d. h. die der Großmächte) antreten, sei aber noch unentschieden, wohin er zunächst gehen solle; hier wurde ihm gerathen, zuerst Berlin zu besuchen. Trotz alles persönlichen Wohlwollens, das Boerescu hier bei den leitenden Staatsmännern fand, konnte ihm doch nicht verhehlt werden, daß Deſterreich-Ungarn wenigstens es die Unabhängigkeit Rumäniens bereits anerkannt habe, sich dennoch in der augenblicklich vorliegenden Frage von Europa, insbesondere von Deutschland, das die Führung übernehmen habe, nicht trennen werde. Ein ähnlicher Bescheid dürfte dem rumänischen Minister auch in Rom, Paris und London werden.

Spanien.

Dem Standard wird unter dem 3. Aug. aus Madrid gemeldet: „In officiellen Kreisen wird behauptet, daß das Project einer österreichischen Verbindung diesen Herbst zur Ausführung kommen werde. Die spanische Regierung weiß bereits, daß der Antrag vom österreichischen Hofe günstig aufgenommen werden wird, und wird eine officielle Mittheilung durch einen Specialgesandten hohen Ranges gemacht werden, der sich nach Wien begeben wird, um daselbst die Hand der Erzherzogin vom Kaiser zu erbitten und eine Begegnung zwischen dem Könige und der Prinzessin an irgendeinem französischen Plage in der Nähe der spanischen Grenze zu vermitteln. Ein Besuch des Königs in Wien war nicht möglich, da der König Spanien nicht ohne Genehmigung der Cortes verlassen darf; auch hatte der österreichische Hof gewünscht, daß die Erzherzogin ein Damengesolge aus ihrem eigenen Lande beibehalte, was jedoch die castilische Etikette nicht zuließ. Ein Cabinetrath unter dem Vorsitz des Königs wird demnächst den Zeitpunkt für den Antrag und die Mission feststellen. Die Cortes werden im October einberufen werden, um die Mittheilung entgegenzunehmen und die Voreingabe festzustellen. Am Hofe hält man es für wahrscheinlich, daß die Hochzeit im November in Barcelona gefeiert werde oder in irgendeiner Hafenstadt, wohin die Prinzessin durch eine Flotte begleitet würde. Die königliche Familie wird bis zum October in La-Granja verbleiben, falls der König sich nicht nach der Grenze begibt. Diese Pläne haben das Gerücht einer Verbindung mit der Prinzessin aus dem Hause Orleans beschwichtigt, welche dem Einfluß des Herzogs von Montpensier zugeschrieben wird.“

Frankreich.

Paris, 9. Aug. Die Union nationale von Montpellier veröffentlicht folgenden Brief, der im Namen des Grafen von Chambord an eine „wichtige Persönlichkeit“ des Departements des Hérault gerichtet wurde:

Herr Marquis! Monseigneur gerühte nach Lesen Ihres Briefes mich zu beauftragen, Sie wissen zu lassen, wie sehr er gerührt war. Durch meine Vermittelung dankt er Ihnen für Ihre Wünsche eines guten Festes, deren feurigen Ausdruck Sie ihm übersandten. Es ist an den Gerüchten

von einer Reise in die Schweiz, von der Sie sprechen, nichts begründet; Monseigneur Graf von Chambord, durch unsere politische und sociale Lage sehr besorgt, hält sich bereit, alles zu thun, um unser unglückliches Land zu retten; aber die jetzt war von einer Reise nach der Schweiz nicht die Rede. Mehr als jemals müssen wir Vertrauen haben; die Ursache derjenigen selbst, welche sich der Staatsgewalt bemächtigten, werden die Ursache ihres Sturzes sein. Schon beginnt die öffentliche Meinung mit Bezug auf dieselben enttäuscht zu werden, und die Vorsehung, die in den Händen das Leben der Menschen wie die Schicksale der Völker hält, hat das Dilemma zwischen der Ordnung und der Unordnung, zwischen der Republik und der Monarchie gestellt. Bergelblich versuchen gewisse Lebenshaften, die immer bestehen, mit leicht erkennbaren Hintergedanken glauben zu machen, Monseigneur wolle die Krone nicht. An diese Verleumdung wird man nicht glauben. Trotz allem schließt Frankreich Henri V. in sich, und Gott wird es so einrichten, daß der Tag, wo es sich in seine Arme stürzen wird, nicht fern sei. Empfangen Sie ic. Joseph Du Bourg.

Der Conservateur de l'Alsace erhielt aus London Nachrichten, denen zufolge sich der Graf von Chambord im September nach London begeben will, wo er den Herzog v. Norfolk auf seinem Schlosse von Arundel zu besuchen gedenkt. Der Herzog v. Norfolk soll zu gleicher Zeit an mehrere Prinzen des Hauses von Frankreich Einladungen erlassen haben.

Jules Simon hat mit dem Erzbischof von Paris eine längere Unterredung über die Unterrichtsfrage gehabt. Der Bischof von Montpellier hat als Vorsitzender bei der Preisvertheilung im Jesuitencollegium zu Montpellier Jules Simon für dessen Vertheidigung der Jesuiten Dank dargebracht.

Die Congreganistenschule in der Montgolferstraße hier wollte, obgleich sie vom Seinepräfecten verboten worden ist, heute wie sonst ihre Preise für Kunst und Handwerk öffentlich vertheilen. Lehrer, Schüler und Aeltern waren schon versammelt, als General Morin den Befehl des Ministers überbrachte, daß alle sofort den Saal zu verlassen hätten. Die Geistlichen waren höchst zornig darüber und gaben einen Protest zu Papier „gegen die verächtlichen Tyrannen des Tages“.

Das Journal l'Evénement enthält einen Aufruf zur Subscription für die Abgebrannten des elsässischen Städtchens Châtenois (Restenholz in der Nähe von Schlettstadt). Das Journal l'Evénement schreibt: „Wir müssen für die Unglücklichen unser theuern Elffasses thun, was wir für Ungarn (Szegedin) thaten.“ Dazu ist zu bemerken, daß die deutschen Behörden bereits auf die erste Nachricht von dem Unglücksfall sofort Hülfsleistung angeordnet haben. Der Bezirkspräsident Ledberghof begab sich persönlich nach Restenholz und überbrachte eine dem Bezirksfonds entnommene namhafte Geldunterstützung; ebenso regt sich allen Ortes die Privatmildthätigkeit. Der Verlust soll übrigens ein bedeutender sein und sich auf mehr als 2 Mill. Frs. belaufen.

Aus Paris vom 6. Aug. schreibt man der Schlesiſchen Zeitung: „Wie scharf der Kampf auf dem Gebiete des Unterrichts geführt wird, davon nur zwei Beispiele. In Lyon wandte der Gemeinderath 15000 Frs. auf für Schulpreise in den weltlichen Anstalten. Die Sammlung für Schulpreise der Congreganistenanstalten brachte dagegen in wenig Tagen 20000 Frs., und außerdem eine Menge zu Preisen geeignete Gegenstände, sodas mindestens 10000 Frs. zu Spartassenbüchlechen für die Böglinge der Congreganisten verwendet werden können. In Versailles sind die Brüder aus einer Gemeindefchule gewiesen. Sofort wurden 86000 Frs. gesammelt, um ihnen die Gründung einer freien Anstalt zu ermöglichen. Nirgends gelingt es daher auch der Behörde, die Congreganisten aus dem Sattel zu heben und ihnen ihre Schulen zu entreißen, was doch der Hauptzweck ist. In Paris machten die Schüler einer Gemeindefchule, aus der die Brüder verwiesen worden waren, einen Monat lang einen täglichen Weg von fast einer Stunde, um in eine andere Congreganistenschule zu gehen, bis die ausgewiesenen Schulbrüder ihre eigene Anstalt eröffnet hatten. Um ihren Zweck zu erreichen, wird die Regierung schließlich alle Congreganistenschulen verbieten müssen, und dann, wenn Brüder und Schwestern sich in weltliche Lehrer verwandeln, alle freien Schulen unterdrücken. Aber es gibt 46000 lehrende Congreganisten und an 12000 freie Privatschulen, von denen fast die Hälfte weltlich sind. Außerdem befinden sich die Schulen der Congreganisten überwiegend in größern Orten und den Städten, wo ohnedies der politische Parteikampf am regsten ist.“

Dem soeben erschienenen Jahresberichte des Deutschen Hilfsvereins in Paris für 1878 entnehmen wir folgende Daten: Am Schlusse des Jahres 1877 betrug die Zahl der Vereinsmitglieder 257 mit 12204 Frs. Beiträgen. Der Deutsche Kaiser steuerte 4000 und der König von Baiern 2000 Frs. bei. Die außerordentlichen Einnahmen betrugen nahezu 12000 Frs. gegenüber 8000 Frs. im Vorjahre. Der erste Hospitalfonds betrug 255810 Frs., der zweite 321000 Frs., die der Krankenpflege zugewendete Zinshälfte beider Fonds betrug 17537 Frs. Unter den Unterstützten befinden

sich unter fernere viel franke Per hineingefäßt La-Billette das den verdient, dem Besu deutschen 3 1/2 Frs. 180-250 gegen I gefund für durchkom so viele! bei Krankh Beispiel 11 Jahre, wurde der Monatsl lassen. I die Kinder den war, ten die dem Frost bedt auf meistens Kernsten allwohgent — Am monarchi ten statt, theilt, der In Ern Arbeiterkl auf, wels geben er industrie g Republik o des Amnes denen Stal der Bewal Bolle das socialen Be gierung de die Erzieh fürsorge s Industrie t tarisf hina begünstigt selbst, vorf Republik Blegerkrie Störung d wägung, b von Tag z publit verf Arbeitern sichern zu Gewissen d die Verfam Frankreich Regiment die Borurt Bolkes ver Peil Frank auf, daß n klare Prog welche eb welche sich unheilvolle

Die richtliche durchaus rathung v

Der burg w Feueröb tungen in *Regierun des Inne Romgorot nach dem kostte Lei Unterfuch Leichtfin d. h. best in 4 ver nur 2 P Minister diese Fehl Berweid ihre Verp Auch die Krenl w welches b dort Sopl ein Thea lassen, w fourier b vorständig Der Bra

sch unter andern 150 Personen über 70 Jahre, ferner viele Witwen und Waisen, sowie arbeitsunfähige franke Personen. Könnten unsere Landleute einmal hineingeführt werden in die schmerzigen engen Höfe von La Villette oder Montrouge, in so manchen Zimmern, das den Namen einer menschlichen Wohnung kaum verdient, sie würden sich entsetzen über das Elend, das dem Besucher hier entgegentritt. Die meisten unserer deutschen Arbeiter verdienen durchschnittlich den Tag 3¹/₂ Frs. Davon soll eine jährliche Miethe von 180—250 Frs., Nahrung und Kleidung für oft bis gegen 10 Personen bezahlt werden. Selbst wenn alle gesund sind, ist es schwer begreiflich, wie die Leute durchkommen. Was kostet nur das trockene Brot für so viele! Nun wagt man sich das Elend an, das bei Krankheit und Verdienstlosigkeit eintritt. Nur ein Beispiel statt vieler. In der Rue Saint-Maur lebte eine Arbeiterfamilie mit 6 Kindern. Das älteste ist 11 Jahre, also noch nichts zu verdienen vermögend. Erst wurde der Vater schwindsüchtig, dann auch die Mutter. Monatelang vermochten beide ihr Lager nicht zu verlassen. Niemand war da, der für die Kranken, für die Kinder etwas erwerben konnte. Was zu verpfänden war, war auf dem Leihhause verpfändet. Kaum hatten die Kranken Leute eine Decke, sich zu schütten vor dem Froste, die Kinder lagen mit elenden Lumpen bedeckt auf dem harten Boden. Für Feuerung fehlte meistens das Geld. Der Verein unterstützte diese Armen monatlang mit Brot und Fleisch und Geld allmähentlich.

Am 9. Aug. fand in Paris eine Versammlung monarchisch gesinnter Kaufleute und Fabrikanten statt, in der, wie die königliche Zeitung mittheilt, der nachstehende Beschluß gefaßt worden:

In Erwägung, daß die Regierung der Republik in der Arbeiterklasse schlechte und ungesunde Leidenschaften wachruft, welche die Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern erschweren und so den Wohlstand der Nationalindustrie gefährden; in Erwägung, daß die Regierung der Republik offen die schlimmsten Bürger beschützt, namentlich die Annesirten der Commune, denen sie in den verschiedenen Stadtvierteln fast ausschließlich die Gassenbezeichnungen der Verwaltungswobthätigkeit zukommen läßt, damit dem Volke das verderblichste Beispiel gibt und so die Partei der socialen Revolution unterstützt; in Erwägung, daß die Regierung der Republik, die nichts für das Wohlergehen und die Erziehung der arbeitenden Klassen gethan hat, keine Fürsorge für die großen Interessen des Handels und der Industrie trägt, die Lösung der Frage betreffs des Zolltarifs hinausschiebt, auf diese Weise die fremde Speculation begünstigt und die commerciale Krise, an welcher das Land leidet, vergrößert; in Erwägung, daß die Regierung der Republik durch die Gesetze Ferry's, welche einen wahren Bürgerkrieg in den Gemüthern hervorgerufen haben, die Ordnung der Geschäfte aufs äußerste gebracht hat; in Erwägung, daß alle ernstgesinnten Kaufleute und Fabrikanten von Tag zu Tag mehr und mehr das Vertrauen zur Republik verlieren, daß sie daran verzweifeln, sich selbst, ihren Arbeitern und ihren Beamten Ruhe und Wohlergehen sichern zu können, und daß die Interessen sowohl wie die Gewissen der Republik feindlich gesinnt werden: bekräftigt die Versammlung, daß durchaus etwas geschehen müsse, um Frankreich von einem ebenso gefährlichen als tyrannischen Regiment zu befreien; fordert die conservative Presse auf, die Vorurtheile zu zerstreuen, welche noch einen Theil des Volkes verhindern, zur Monarchie, dem einzig möglichen Heil Frankreichs, zurückzukehren, und drückt den Wunsch aus, daß man den Verleumdungen der radicalen Presse das klare Programm der modernen Monarchie gegenüberstelle, welche ebenso weit entfernt ist von den Misbräuchen, welche sich in das alte Régime eingeschlichen, als von dem unheilvollen Verfahren der Revolution.

Großbritannien.

Die Daily News vernehmen, daß das kriegsgerichtliche Urtheil betreffend den Lieutenant Carey durchaus nicht cassirt sei, sondern der Krone zur Verurtheilung vorliege.

Rußland.

Der Wiener Abendpost schreibt man aus Petersburg vom 2. Aug.: „Die Nachrichten über die Feuerbrände in Rußland werden durch die Zeitungen in hohem Grade übertrieben. Ein gestern im »Regierungsbote« erschienener Erlass des Ministers des Innern rectificirt die über das Feuer in Nishnij-Novgorod (am 7./19. Juli) publicirten Telegramme, nach denen 17 Menschen umgekommen und 4 verlohnte Leichname gefunden sein sollen. Bei genauerer Untersuchung hat sich herausgestellt, daß durch den Leichtsinns zweier Telegraphisten das Wort »uschibleno«, d. h. beschädigt, in »ubito«, getödtet, und die Zahl 2 in 4 verwandelt wurde. Es kamen also beim Feuer nur 2 Personen um und 17 wurden beschädigt. Der Minister ertheilt daher den Telegraphisten, welche sich diese Fehler zu Schulden kommen ließen, einen strengen Verweis und ermahnt die Telegraphenverwaltungen ihre Verpflichtungen mit größerer Vorsicht zu erfüllen. Auch die Angaben über den Brand im moskauer Kreml waren arg übertrieben. Das kleine Wohnhaus, welches den Namen »Bergnügungspalais« trug, weil dort Sophia Alexejewna, Peter's des Großen Schwester, ein Theater für deutsche Schauspieler hatte errichten lassen, wird nur von einem Geistlichen und einem Professor bewohnt, und war der Brand allein durch Unvorsichtigkeit ausgebrochen, nicht aber gelegt worden. Der Brand in der Stadt Nishnij hat jedoch den zum

Jahrmärkte gekommenen Kaufleuten Besorgniß eingegeben, und viele derselben wagten an den ersten Tagen nach Beginn der Messe nicht, ihre Buden zu öffnen. Nach der Ankunft des Jahrmärkte-Generalgouverneurs Grafen Ignatiew, welcher am 28. Juli eintraf und im Jahrmärkte-Verwaltungsgebäude die Zimmer bewohnte, welche kurz vor dem Ausbruch des Krieges für den Herzog von Edinburgh eingerichtet worden waren, ist jedoch das Vertrauen wieder eingekehrt und die Messe ist nunmehr in vollem Gange. — Die Untersuchungen haben ergeben, daß die eigentlichen Häupter des Nihilismus fast sämtlich hinter Schloß und Riegel sind. Ein merkwürdiges Element bilden unter den Nihilisten die vermögenden Töchter hochgeachteter Personen, deren Väter nicht mehr am Leben sind. Da ist die dreißigjährige v. Arnfeldt, Tochter eines Wirkl. Staatsrathes, welche einmal 9000 Rub. zu nihilistischen Zwecken opferte, ferner die einundvierzigjährige Böhren v. Herzfeld, Tochter eines Generalmajors. Beide waren schon früher verhaftet und verurtheilt, fanden jedoch höhere Fürsprache, da man doch kaum begreifen konnte, wie solche Damen sich in nihilistische Verschwörungen mit allen möglichen dunkeln Existenzen einlassen konnten. Die Böhren v. Herzfeld, bereits verurtheilt, erreichte, daß die Ausführung des Urtheils auf drei Jahre verschoben wurde. Sie hatte Aussicht, bei guter Aufführung nach dieser Zeit gänzlich begnadigt zu werden. Bald jedoch war sie von Petersburg, wo sie unter Aufsicht stand, entflohen, um sich den kiewer Nihilisten anzuschließen.“

— In russischen Regierungskreisen und in der Heiligen Synode sollen, wie russische Blätter schreiben, gegenwärtig Maßregeln betreffs der Einziehung der Klosterreichthümer zu Gunsten des Staates besprochen werden. Unter diesen Klosterreichthümern sind aber nicht etwa die in einzelnen Klöstern befindlichen Kostbarkeiten, Schätze oder andere Gelder verstanden, sondern die laufenden Einkünfte, die sich jährlich zusammen auf mehr denn 3 Mill. Rub. belaufen und welche die russische Regierung jetzt in ihre eigene Kasse fließen lassen will.

— Die in Yokohama erscheinende Zeitung Tokio Times vom 24. Mai meldet: „Wie die letzte aus Petersburg eingetrossene Depesche berichtet, ist der Hauptweg der dorthin entsandten chinesischen Botschaft nicht erreicht worden. Rußland verweigert die Abtretung Kuldscha's. Die Unterhandlungen sind abgebrochen.“

Ägypten.

Der »Presse« schreibt man aus Alexandria vom 30. Juli: „Es hat hier unangenehm berührt, daß sich Tewfik-Pascha mit denselben Männern umgibt, welche seinen Vater so sehr in Verlegenheit gebracht haben. Abgesehen davon, daß er Scherif-Pascha an der Spitze seines Cabinets belassen, hat er Ibrahim-Pascha in seiner Stellung als Gesandter in Konstantinopel bestätigt und Jeli-Pascha in seine frühere eines Ceremoniengroßmeisters wieder eingesetzt. Auch scheint es, als seien alle Ehren nur den Felden vom 7. April reservirt, welche doch das Cabinet gestürzt, dessen Präsident Lawst gewesen. Auch das Verbot für Rubar-Pascha, nie mehr nach Ägypten zurückkehren zu dürfen, wurde zum Mißvergnügen der meisten aufrecht erhalten. Es ist dies eine Folge der Intriguen Scherif-Pascha's, dessen Weibehaltung wahrscheinlich zu Conflicten mit England und Frankreich führen wird. Ueber die Stimmung im Innern habe ich viele Nachrichten eingelesen. Die Eingeborenen haben den Regentenwechsel gleichgiltig aufgenommen. Sie wurden in den letzten Jahren so malträirt und geschunden, daß sie jede Hoffnung auf ein Besserwerden aufgaben. Die Araber hingegen haben Ismail's Fall mit Jubel begrüßt. Seine Willkür und Tyrannie war ihnen schon lange verhaßt. Ueber Tewfik reserviren sie einstweilen ihr Urtheil, um sein Benehmen abzuwarten. Viel versprechen sie sich nicht davon, denn sie sagen: Wie der Vater, so der Sohn. Aus Oberägypten läuft die Kunde ein, daß die Fellahs sehr enttäuscht wurden, als sie von dem Thronwechsel eine Besserung erhofften. Man erpreßt ihnen das Geld nach wie zuvor und die Stockschläge werden in unverminderter Freigebigkeit ausgetheilt. Nicht uninteressant ist die Nachricht, daß Ismail-Pascha, um seinen Gläubigern eine Rase zu drehen, seine Besitzungen in Oberägypten an Strohmannen verkauft hat, die jetzt ihrerseits die Liegenschaften loszuschlagen, um dem gesunkenen Khebid das Geld nachzusenden. Dieser hat aberdies 40000 Pfd. geerbt, welche seiner ehemaligen Sklavin, Madame Murad-Pascha, gehört hatten.“

Königreich Sachsen.

Zu den Landtagswahlen schreibt die Autographirte Correspondenz des Reichsvereins für Sachsen: „Nur noch wenige Wochen trennen uns von dem Tage, an welchem die Landtagswähler Sachsens an die Urne gerufen werden. Die Wahlen sind bereits amtlich ausgeschrieben und sollen am 9. Sept. d. J. stattfinden. Gleichwol ist die Wahlbewegung noch nicht

recht in Zug und Fluß gekommen. Dies gilt besonders von den reichstreuen Liberalen, die wol hier und da eine Besprechung abgehalten, einen Candidaten aufgestellt haben, im großen und ganzen aber mit ihren Wahlvorbereitungen noch ziemlich im Rückstande sind. Die Ungunst der Jahreszeit mit ihrer geschäftlichen und politischen Abspannung, ihren Erholungsreisen u. macht sich eben in den bürgerlichen Kreisen ganz besonders fühlbar. Trägheit aber und Unthätigkeit, Gleichgiltigkeit und Apathie — das sind die trüben Gewässer, in welchen unsere Conservativen mit Vorliebe und Glüd zu fischen pflegen, während die liberale Sache nur durch Rührigkeit, durch eifrige politische Arbeit, durch unangesezte Discussion, durch Klärung und Aufklärung gewinnen kann. Darum wiederholen wir an diejenigen unserer Gesinnungsgenossen, die es angeht und die überhaupt in den bevorstehenden Wahlkampf einzugreifen berufen sind, die erste und bringende Mahnung, sich rasch zu entschließen und schleunigst in die Kampflinie einzurücken. Wir ergreifen zugleich diese Gelegenheit, um an unsere Mahnung einige weitere Bemerkungen über die Punkte zu knüpfen, auf die es bei diesen Wahlen zumeist ankommt. Von den Vorlagen, die dem Landtage zugehen sollen, verlaßt noch nichts. Das aber ist sicher, daß auch in der bevorstehenden Session die Budget- und Steuerfragen die Hauptrolle spielen werden. Die Stellung unserer Parteigenossen zu diesen Fragen ist eine sehr einfache. Wir sind gut bundestreu und stehen fest auf dem Boden der Reichsverfassung, welche in und mit dem Reiche auch den Einzelstaaten ihren Bestand verbürgt. Wir geben dem Kaiser, was des Kaisers, aber auch dem Könige, was des Königs ist. Wir bewilligen daher gern alles, was zum Gedeihen unsern engern sächsischen Vaterlandes, zur Führung seiner Verwaltung, zur Fortentwicklung seiner öffentlichen Einrichtungen unentbehrlich ist. Aber über das Maß des Unentbehrlichen können wir in dieser schweren Zeit, im Hinblick auf die gedrängte Finanzlage des Staates und auf den Steuerdruck der die Bürger belastet, nicht hinausgehen, und wir müssen uns das Recht der Prüfung vorbehalten, ob Ausgaben, welche die Regierung uns vorschlägt, bringend nöthig, ob sie ausschießbar oder gar überflüssig sind. Mit dieser Prüfung können wir aber selbstverständlich nur unabhängige Männer betrauen, und darum können wir uns zur Unterstützung sogenannter »offizieller Candidaten« nicht hergeben, darum können Verwaltungsbeamte, Männer, die zur Regierung gehören oder ihr unmittelbar untergeordnet sind, mögen sie im übrigen noch so brav und leistungsfähig sein, nicht die Träger unsers Vertrauens werden. Die Männer unserer Wahl müssen Reichstreue mit Landestreu, Liebe zu Kaiser und Reich mit gewissenhafter Sorge um die Entwicklung unserer heimathlichen Angelegenheiten, Sachkenntniß und Vertrautheit mit dem öffentlichen Leben mit strengster Unabhängigkeit, Bereitwilligkeit zur Gewährung des Nöthigsten mit der festen Entschlossenheit verbinden, alles Ueberflüssige versagen und die Hand auf den Sadel der Steuerzahler zu halten. Gerade in dieser Sorge um das Wohl des Landes, in diesem festen und unabhängigen Eintreten für die Rechte und Interessen seiner Bewohner zeigt sich die wahre Landestreu, nicht darin, daß man am grünen Tische mit vollen Händen bewilligt, nicht achtend des Druckes, den man damit auf die Steuerzahler wälzt und durch den man das Volk mehr und mehr dem Lande und seiner Regierung entfremdet. Indem wir also Männer wählen, die unbefangene die Vorlagen der Regierung prüfen und ihr freimüthig die Meinung sagen, die von dem Rechte der parlamentarischen Kritik und Controle ohne Scheu Gebrauch machen und wenn es nöthig ist, auf Sparsamkeit dringen, bekunden wir nicht nur unsere eigene männliche Unabhängigkeit und Freistimmigkeit, sondern auch wahre Anhänglichkeit an unser Heimathland und ein Herz für Sachsens Wohl. Unsere conservativen Gegner glauben zwar die »Sachstreue« gepachtet zu haben; aber was sie auch sagen mögen, wir können es in diesem Punkte, richtig verstanden, getrost mit jeder andern Partei aufnehmen. Wähten nur recht viele Wahlen in dem von uns dargelegten Sinne erfolgen: das Land würde sich wohl dabei stehen. Alle liberalen Wähler seien daher zur Wachsamkeit und zur regen Thätigkeit ermahnt! Je ungünstiger die Zeit ist, desto fleißiger muß gearbeitet werden!“

— Gegenüber der Nachricht, daß bei den bevorstehenden Landtagswahlen als Candidat für Neustadt-Dresden Professor Dr. Richter, Conrector des neustädter Gymnasiums, vom dresdener Reichsverein in Aussicht genommen sei, kann die Dresdner Zeitung, »aus bester Quelle« versichern, „daß weder Hrn. Professor Dr. Richter noch dem Reichsverein von dieser Candidatur etwas bekannt ist“.

9 Leipzig, 11. Aug. Gestern Abend 11 Uhr 18. Min. traf die Herzogin Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin, Tochter des verstorbenen Prinzen Albrecht von Preußen, mit dem Schnellzuge im Berliner Bahnhofe hier ein und reiste unter Benutzung der Verbindungsbahn sogleich weiter nach München.

Leipziger Börse.

11. Aug.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, London, Paris, and Petersburg.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including titles like 'Deutsch. R.-Anl. 1877 v. 5000-3000' and 'K. S. Rentenanl. v. 1876 v. 5000-3000'.

Bank-Disconto.

Table of bank discount rates for Amsterdam, Paris, and London.

Bank-Stamm-Act.

Table of bank shares, including 'Altenburg-Zeits & 100' and 'Ausg.-Tyllitz & 200'.

Table of foreign bonds and securities, including 'Berl.-Fotodam-Magdeb. 1100' and 'Berl.-Stettin v. 300 u. 100'.

Table of railway shares, including 'Eisenbahn-St.-Fr.-Action' and 'Altenburg-Zeits & 100'.

Table of bank and credit shares, including 'Allg. D. Cr.-A. v. Leipzig' and 'Berl.-Disc.-Ges.-Anst. & 200'.

Table of industrial and priority shares, including 'Chemn. A.-Spinnerei & 250' and 'Ordlw. Pappt. & Halle'.

Table of foreign bonds, including 'Oesterr. Goldrente v. 10000, 1000, 2000' and 'do. Silberrente v. 10000-1000'.

Table of foreign stocks, including 'Vollwicht. Preuss. Friedrichsdor' and 'K. Russ. Wtcht. Imperiale & 5 Rubel'.

Table of American bonds, including 'Amerik. 6% Anl. pr. 1881' and 'do. 5% Anl. Fund. 25 Doll. G.'.

Table of iron and steel shares, including 'Inl. Eisen-Prior.-Obl.' and 'Altenburg-Zeits & 100'.

Table of coal shares, including 'Kohlen-Act. u. Prior.' and 'Friedensgrube Meuselwitz'.

Table of other shares and securities, including 'Concordia in Niederschlesien' and 'Deutsches Land'.

Ankündigungen.

Hoftheater-Repertoire in Altstadt-Dresden. Dienstag, 12. Aug. Der Liebestrank. Mittwoch, 13. Aug. Was ihr wollt.

Theater der Stadt Leipzig. Dienstag, 12. Aug. Epidemisch. Schwank in 4 Acten von Dr. J. B. von Schweiger.

